

Wildbader Tagblatt

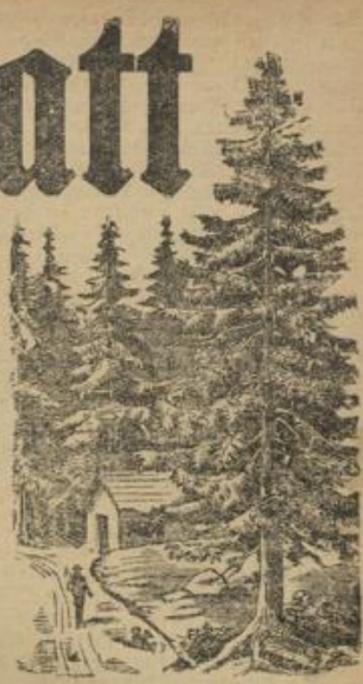
(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus
erhöht; durch die Post bezogen im inländischen
Verkehr monatlich 1.50 M. = Einzelnummern 10 Pf.
Strolch Nr. 80 bei der Oberamtspostkasse Reichenberg
zu agt. Wildb. = Postkonto: Enztalbote Komm.-Verl.
Gäbeler & Co. Wildbad. = Postkonto: Stuttgart 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum im Bez. Grundr. 15 Pfg., außerh. 20 einseit.
Inl.-Steuer. Kleinzeile 50 Pfg. = Rabatt nach Tarif.
Für Inserate u. bei Anstanzverteilung werden jeweils
10 Pfg. mehr berechnet. = Schluss der Anzeigennahme
Abg. 8 Uhr vorm. = In Konfirmations od. wenn gerührt.
Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck, Verlag u. Schriftleitung Theodor Gatz, Wildbad, Wilhelmstraße A 151. Wohnung: Bismarckstraße 237.



Nummer 261

Februar 179

Montag, den 8. November 1926

Februar 179

61. Jahrgang

Arbeit und Brot

Der Druck des Arbeitsmangels hat in letzter Zeit leicht nachgelassen. Einstweilen geht es der Industrie heute wieder ein wenig besser, so daß ihre Aufnahmefähigkeit an Arbeitskräften wächst; andererseits übt das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichs, der Länder und Gemeinden bereits eine günstige Wirkung aus, die sich verstärken wird, wenn im Lauf der nächsten Wochen die Arbeiten am Mittellandkanal in größtem Maßstab ausgenommen werden. Immerhin wäre es sehr vorteilhaft, die Frage der Erwerbslosigkeit auch nur einigermaßen schon für gelöst zu halten. Ueberdies begrenzt sich der Erwerbsmangel keineswegs nur auf die Volksgenossen, die bei den Arbeitsnadeln eingeschrieben sind und die Erwerbslosenbeihilfe beziehen. Erinnert sei an die kaufmännischen Angestellten, die bei den zahlreichen Geschäftszusammenbrüchen der letzten Zeit ihre Stellung verloren; erinnert sei weiter an die fertig ausgebildeten Akademiker, die bei aller Tüchtigkeit dennoch keine passende Beschäftigung erlangen können, und ebenso sei auch der rastelnde Künstler und der durch die Inflation verarmten Rentner nicht vergessen. Kulturell wertvolle Schichten von besonders hoher Leistungsfähigkeit ermannen so der richtigen Eingliederung in das Ganze unserer Produktion, ein Notstand, für den eine zweckmäßige Abhilfe bisher noch nicht gefunden ist.

Arbeitsmangel kann drei verschiedene Gründe haben. Erstens die Schwankungen der Beschäftigung, die sich aus dem Wechsel der Jahreszeiten ergeben. Zweitens die Auswirkung besonderer, außergewöhnlicher Krisen im Wirtschaftsleben. Drittens das ständige Mißverhältnis zwischen Arbeitskräften und Arbeitsmöglichkeiten als unmittelbare Folge der Ueberbevölkerung. Mit der ersten Erscheinungsform der Arbeitslosigkeit, dem saisonmäßigen Arbeitsmangel, ist verhältnismäßig leicht fertig zu werden. Es ist klar, daß im Winter die Beschäftigungsmöglichkeit in der Landwirtschaft und im Baugewerbe erheblich zurückgeht. In anderen Produktionszweigen sind vielleicht wieder andere Teile des Jahres benachteiligt. Durch entsprechende Verteilung auf dem Arbeitsmarkt läßt sich hier vielleicht manches mildern. Vor allem könnten hier öffentliche Arbeiten und öffentliche Aufträge so über das Jahr verteilt werden, daß sie ausgleichend wirken. Da der Saison-Arbeitsmangel regelmäßig vorauszu sehen ist, kann hier auch die längst geplante Arbeitslosenversicherung — sie soll am 1. April 1927 in Kraft treten — mildern einwirken.

Anders verhält es sich mit den Arbeitskrisen, die von größeren Störungen des Wirtschaftslebens herrühren. Auf die Rechnung einer solchen Störung kommt ja wohl zum großen Teil auch der heutige Erwerbsmangel in Deutschland. Wenn auch die scharfe Uebergangskrise, die mit der Markteinstellung verbunden war, nach mehr als zweijähriger Dauer jetzt endlich abzuflauen scheint, so bleibt uns doch die Frage nicht erspart, wie wir es künftig bei derartigen Krisen mit der Vorbeuge gegen großen Arbeitsmangel halten wollen. Die Weltwirtschaft zeigt gegenwärtig überall noch reichliche Spannung und mancherlei Gefahrenpunkte, zumal auch in Uebersee. Gegen Krisenwirkung dieser Art wird uns in erster Linie die Kräftigung unserer Binnenwirtschaft und unseres Inlandsmarktes schützen, ferner ein gewisser Bereitschaftsplan von Notstandsarbeiten, die im Fall einer größeren Wirtschaftskrisis dem Arbeitsmarkt anzu bieten sind, schließlich auch die Arbeitslosenversicherung, inwieweit als ihre Kräfte zur Abwehr einer stärkeren Krise überhaupt ausreichen werden. Auf das Reserveprogramm der Arbeitsbeschaffung kommt es dabei ganz besonders an. Arbeitsbeschaffung von wirklich großem Ausmaß kann man nicht einfach aus dem Armeelager schöpfen. Das haben wir gerade in den letzten Monaten hinlänglich erfahren. Mit Ueberzeugung kommt auch die Gefahr, daß Geld unproduktiv verwendet und wirkliche Abhilfe dabei doch nicht geschaffen wird.

Seitdem ein Clemenceau das verhängnisvolle Wort von den „zwanzig Millionen Deutschen zu viel“ gesprochen hat, ist die Sorge nicht mehr geschwunden, daß Deutschland überbevölkert sei und daher der Erwerbsmangel das unvermeidliche Los, wenn nicht für Millionen, so doch für Hunderttausende, auf lange Zeit hinaus bleibe. Wie sieht es nun in Wirklichkeit damit? Hervorragende Kenner unserer Wirtschaft sagen, daß eine wirkliche Besserung der allgemeinen Erwerbsverhältnisse nur zu erreichen ist, wenn wir sowohl Deutschlands weltwirtschaftliche Lage gründlich anpacken, als auch den inneren Aufbau unserer Wirtschaft zeitgemäß zu erneuern suchen. Die wichtigste Forderung ist die nach Aenderung des Dawesplans. Die Milliarden, die uns alljährlich entzogen werden, bedeuten eine entsprechende Vertüfung des Verbrauchs unserer breiten Massen, eine entsprechende Schwächung des notwendigen Aufbaupotentials unserer Arbeitsstätten. Die Aenderung des Dawesplans wird zweifellos kommen, aber nur dann und inwieweit, als dies die Entschädigungsgläubiger selbst in ihrem Interesse für richtig erachten. Um so dringlicher ist es für uns, den Abbau der unausführbaren Ansprüche tatkräftig zu betreiben. Eng mit dem Erwerbsmangel ist die Laizache

Tagesspiegel

Die österreichischen Beamten haben sich mit dem Gehaltsangebot der Regierung vorläufig einverstanden erklärt.

Zur Bildung einer nationalen Einheitsfront für Oesterreich sind zwischen dem Verband der Deutschösterreichischen Vereine Oesterreichs, der Großdeutschen Volkspartei, der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und dem Landbund Verhandlungen eingeleitet worden. Es wurde zunächst festgestellt, daß zwischen diesen politischen Richtungen Burgfrieden herrsche.

In der ungarischen Nationalversammlung behauptete der radikale Abgeordnete Naggs, die Regierung des Grafen Bethlen arbeite darauf hin, den früheren Kronprinzen Carol von Rumänien zum gemeinsamen Thronanwärter von Rumänien und Ungarn zu machen, so daß Rumänien und Ungarn durch Personalunion verbunden wären. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, er werde auf die Behauptung Naggs antworten.

Erstminister Baldwin hat die Führer der englischen Bergarbeiter empfangen. Auch die Bergwerksbesitzer haben sich sich zu neuen Verhandlungen bereit erklärt.

Einem Warschauer Blatt zufolge hat der Vorstand der polnischen Bauernvereine beschlossen, von der Regierung zu verlangen, daß durch eine Volksabstimmung darüber entschieden werde, ob Polen Monarchie oder Republik sein soll.

In Managua (Nicaragua) wurde der konservative Präsidentschaftskandidat, General Umberto Diaz, von liberalen Gegnern ermordet.

verknüpft, was heute für entbehrlichen Luxus unendlich viel Geld ins Ausland geht, das besser dem einheimischen Markt und der Ansammlung neuen Produktionskapitals in unserem Land zugute kommen sollte. Wir könnten diese Einfuhr abbauen und zugleich mehr Arbeitsmöglichkeit im eigenen Land schaffen, wenn wir auf die Stimmen hören wollten, die eine großzügige landwirtschaftliche Produktionspolitik, z. B. im Ribbenbau, verlangen, wie Reichsminister a. D. Schiele, Graf Kalkreuth, Hepp u. a. Nach immer gehören 42 Proz. des deutschen Volks der Landwirtschaft an; die Hebung ihrer Produktion und ihrer Kaufkraft ist eine Zukunftsfrage ersten Rangs, deren Lösung um so leichter sein wird, je besser Stadt und Land, frei von gehässiger Parteipolitik, vorurteilslos sich verstehen werden. In diesen Zusammenhang gehört auch die Kultivierung der Debländerelen — mit Hilfe der Arbeitsdienstpflicht.

Aenderung des Dawesplans, Abbau des unproduktiven öffentlichen Verwaltungsapparates, Einschränkung entbehrlicher Einfuhr, Förderung der Qualitäts-Landwirtschaft und Rationalisierung der Qualitätsindustrie, nur auf diesen Wegen können wir wirklich auf die Dauer Arbeit und Brot für jene schaffen, denen es auf deutscher Erde heute anscheinend zu eng ist, ohne daß doch Aussicht und Möglichkeit zu einer Entlastung durch Auswanderung bestände. Zu alledem aber — noch dazu unter dem Druck ungünstiger Weltwirtschaftslage — gehört bester Wille von beiden Seiten, vom Erzeuger und vom Verbraucher, vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer, Verständigung, nicht Klassenkampf!

Neue Nachrichten

Milliardenabmangel im Reichshaushalt

Vier Millionen tägliche Dawes-Cast

Berlin, 7. Nov. Im Reichsrat erstattete Ministerialdirektor Sachs vom Reichsfinanzministerium Bericht über die zweiten Nachtragsforderungen zum Haushaltsplan für 1926. Diese Nachforderungen belaufen sich auf 801,8 Millionen Mark, davon 229,2 Millionen für den ordentlichen und 572,5 Millionen für den außerordentlichen Haushalt. Die Mehrausgaben des ordentlichen Haushalts sollen gedeckt werden durch Zollmehrereinnahmen von 90 Millionen, Mäzgewinn 93,2 Millionen, Ueberschüsse von 1924 und 1925 32,2 Millionen, Ersparnisse 80 Millionen. Die Mehrausgaben im außerordentlichen Haushalt (572,5 Mill.) sollen ganz auf Anleihe genommen werden. Da in diesem Haushaltsjahr schon 293,8 Millionen durch Anleihe aufgenommen sind, so ergibt sich eine Anleihe von 866,3 Millionen, wozu noch 100 Millionen für ein Darlehen an die Reichsbahn kommen. Die Gesamtanleihe für 1926 beträgt somit 966,3 Millionen.

Nach den neueren Abmachungen sind im dritten Dawes-Jahr zu leisten aus dem Reichshaushalt 490,3 Millionen aus der Beförderungssteuer, 290 Millionen, von der Reichsbahn 550 Millionen, von der Industrie 250 Millionen, zusammen 1580,3 Millionen für Kriegentschädigung, oder über vier Millionen täglich. Diese Abgabe wird sich bekanntlich in der Zukunft noch beträchtlich steigern.

Der Gesamthaushaltplan für 1926 hält nunmehr in Einnahmen und Ausgaben (einschließlich des Anleihebeitrags von 966,3 Mill.) das Gleichgewicht mit insgesamt 8,4 Milliarden statt bisher 7,6 Milliarden Mark.

Unter den einzelnen Mehrausgaben führte der Bericht-erstatler u. a. an, 60 Millionen für die Erwerbslosenfürsorge, 50 Millionen zur Förderung des landwirtschaftlichen Siedelungswesens, 200 Millionen Zwischentribute für Kleinwohnungen, 130 Millionen für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose durch Förderung wirtschaftlich wertvoller Arbeiten, 15 Millionen Zwischentribute zur Behebung der Kreditnot der Binger, 2,2 Millionen für die Kosten des Fürstenernterungs-Volksentscheids, 18 Millionen Kredit für die oberösterreichische Eisenindustrie, 100 Millionen Kredit für die Reichsbahn zur Behebung der Wirtschaft.

Der deutsche Minister darf nicht deutsch sprechen

Prag, 7. Nov. Als der deutsche Justizminister Nagpr-Harting im Haushaltsausschuß des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses seine Vorlesungen in deutscher Sprache halten wollte, unterlagte ihm der Vorsitzende die Verlesung in deutscher Sprache. Es kam zu einer Auseinandersetzung, bis der tschechische Erstminister den „Ausweg“ fand, daß der Bericht durch die tschechische Abteilungspräsidents des Justizministeriums in tschechischer Sprache vorgetragen werden soll. Es ereignete sich also der eigenartige Fall, daß der Bericht in Abwesenheit des Ministers verhandelt wurde.

Garibaldi ein faschistischer Spindel

Paris, 7. Nov. Der von Nizza nach Paris gebrachte Oberst Ricciotti Garibaldi wurde mehrere Stunden lang durch die politische Polizei verhört. Er gab zu, daß er seit acht Monaten als Spindel des faschistischen italienischen Innenministers Federzoni tätig sei und von diesem 400 000 Lire erhalten habe. Der römische Polizeichef Rappolla habe ihm erst letzter Tage wieder 100 000 Lire nach Nizza überbracht. Es steht fest, daß Garibaldi enge Beziehungen zu den spanischen Botschaftern hatte, die durch den früheren General der faschistischen Miliz, Beltrami, vermittelt worden zu sein scheinen.

Der dem Außenministerium nahestehende „Petit Parisien“ läßt es dahingestellt sein, ob Mussolini von den Nachrichten der faschistischen Polizei unterrichtet war; jetzt mindestens sei er aufgeklärt und könne sich nicht mehr sein Nichtwissen als Entschuldigung gebrauchen. In Frankreich ist die Stimmung gegen Italien wieder sehr erregt.

Neuwahlen in Dänemark

Kopenhagen, 7. Nov. Die gegenwärtige Regierungsmehrheit der Sozialdemokraten und Radikalen (Demokraten) ist zerfallen. Bei der Ausarbeitung des Programms für die staatliche Hilfe in der wirtschaftlichen Notlage lehnten die Sozialdemokraten die Vorschläge der Demokraten als zu weitgehend für Industrie und Landwirtschaft ab. Der Führer der Radikalen, Ove Rode, verlangte eine Umgestaltung der Regierung durch Beitritt der Radikalen, der Staatsminister lehnte dies entschieden ab mit der Erklärung, daß jetzt Neuwahlen notwendig seien, die wahrscheinlich Ende November stattfinden werden.

Entschädigungen und Schulden

Washington, 7. Nov. Das hiesige unabhängige Wirtschaftsinstitut hat ein Wert über die Regelung der Kriegsschulden herausgegeben, in dem wörtlich festgestellt wird: „Nach allgemeiner Ansicht, die selbst in Regierungskreisen geteilt wird, muß die gesamte Angelegenheit der Entschädigungen und Schulden innerhalb von wenigen Jahren einer Klärung unterzogen werden.“ Die Verfasser, Harold G. Moulton, der Leiter des Instituts, und sein Mitarbeiter Dr. Pasowski führen aus, daß man bei der Aufstellung des Dawes-Plans mit einer fünfjährigen Probezeit gerechnet habe. Innerhalb dieser Frist werde Klarheit geschaffen sein über die Leistungsfähigkeit des Schuldners und über die Empfangsbereitschaft der Gläubiger, die versuchsweise festgelegten Zahlungen zu leisten und zu empfangen. Moulton genießt hohes Ansehen in der wissenschaftlichen Welt und verfügt über ausgezeichnete Beziehungen. Man darf daher die Schrift als ein weiteres Anzeichen dafür ansehen, daß die Vereinigten Staaten zu einem späteren Zeitpunkt sich bereit finden werden, die Schuldenabkommen zu ändern und die „Zahlungsfähigkeit“ ein für allemal wirklich grundsätzlich als einzig bestimmenden Faktor gelten zu lassen. Das Buch betont ferner die Notwendigkeit, eine endgültige Zeitgrenze für die deutschen Zahlungen festzusetzen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 7. November.

Dem Reichstag lagen gestern die Anträge des Sozialen Ausschusses zur Erwerbslosenfürsorge vor. Ein Vorbericht der Regierung, die sog. Krisenfürsorge



für Ausgesteuerte, war gegen die Stimmen der Mittelparteien vom Ausschuss abgelehnt worden, und zwar stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten dagegen, während die Deutschnationale Volkspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Würtlichen sich der Stimme enthielten.

Die Beschlüsse des Sozialen Ausschusses gehen dahin: Bis zum 31. März 1927 sollen die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger mit Wirkung vom 8. November dieses Jahres an wie folgt erhöht werden: 1. für Erwerbslose über und unter 21 Jahren, die keine Familienzuschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines andern angehören, um 15 v. H.; 2. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger um 10 v. H. Die obere Grenze für die Erwerbslosenfürsorge soll gestaltet werden, daß auch das vierte Kind den vollen Zuschlag erhält. Die Prüfung der Bedürftigkeit soll gleichmäßig und entgegenkommend behandelt werden. Kleinerer Besitz, wie Spargroschen, Hausrat, kleines Eigenheim, darf nicht zur Verneinung der Bedürftigkeit führen. Es soll verhütet werden, daß Arbeitsstellen mit fortlaufender voller Arbeitsfähigkeit im Weg der Pflichtarbeit befehrt werden. Sichergestellt soll werden, daß den Erwerbslosen die Anwartschaften in der Invaliden-, Angestellten- und Inappschafflichen Pensionsversicherung nicht verloren gehen. Ferner verlangt der Ausschuss Gesetzesvorlagen zur Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgesteuerten. Verfahren gegen erwerbslose Mieter wegen rückständiger Miete mit dem Ziel der Zwangsäumung sollen nicht durchgeführt werden.

Die Sozialdemokraten haben für die Plenarverhandlungen neue Anträge eingebracht, wonach die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger um 30 v. H., die Familienzuschläge um 20 v. H. erhöht werden sollen. Die Kommunisten beantragen Erhöhung um 50 v. H.

Abg. Brey (Soz.) kritisierte die amtliche Erwerbslosentatistik, weil sie nicht die Ausgesteuerten mitumfasse. Die Statistik der Arbeitsuchenden bei den Nachweisen ergebe viel höhere Zahlen. Auch die zum Tod verurteilten Altentäter von Geisler seien letzten Endes nur Opfer der wirtschaftlichen Not. Die durch Schlichtungsverfahren und mit anderen Mitteln künstlich niedrig gehaltenen Löhne könnten nicht maßgebend sein für die Bemessung der Erwerbslosenunterstützungssätze.

Abg. Schulz-Bromberg (D.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, wonach die Möglichkeit zu einer wirklichen Ueberwindung der Erwerbslosigkeit nur in einer völligen Neueinstellung der deutschen Wirtschaftspolitik zu sehen sei. Durch Entwicklung der nationalen und in erster Linie der landwirtschaftlichen Produktion könne dem deutschen Volke Verdienst und Arbeit geschaffen werden. Ernsthaft sei diese Aufgabe bisher von der Regierung nicht angefaßt worden, die die Arbeitslosigkeit als eine Art akute Krankheit behandelt habe, obwohl es sich längst um ein chronisches Leiden am deutschen Volks- und Wirtschaftskörper handle. Die öffentliche Pflicht zur Erwerbslosenfürsorge habe die Deutschnationale Fraktion stets anerkannt. Sie sei auch jetzt wieder bereit, soweit überhaupt öffentliche Mittel zur Verfügung stehen, solche zur Linderung der größten Not zu bewilligen. Aus sozialen Gründen müßten im gegenwärtigen Zeitpunkt diejenigen Erwerbslosen bei der Verteilung neuer Mittel bevorzugt werden, die für Familien zu sorgen haben. Die jetzige Vorlage benachteilige diejenigen Erwerbslosen, die besonders bedürftig sind, zu Gunsten der Ledigen. Die sozial- und wirtschaftsschädlichen Nebenwirkungen der bisherigen Erwerbslosenfürsorge würden noch verstärkt. Auch die Möglichkeit zur späteren Einführung eines Lohnklassensystems sei verbaut. Die Deutschnationale Fraktion werde daher in ihrer überwiegenden Mehrheit die Vorlage ablehnen.

Abg. André (Ztr.): Die wichtigste Aufgabe der Reichsregierung sei es, dem Volk Arbeit und Brot zu verschaffen. Der Verlust an Produktionskraft in Gestalt der Erwerbslosen gehe in die Milliarden. Man müsse in dieser Frage das Parteiliche zugunsten des Sachlichen mehr zurücktreten lassen. Es müßte aber auf der andern Seite auch der Wille zur Arbeit vorhanden sein. Scharfmacherei und Klassenkampf müßten aufhören. Am dem Achtstundentag sei grundsätzlich festzuhalten. Die Rationalisierung der Industrie dürfe nicht auf Kosten des werktätigen Volks erfolgen. Die schnelle Einführung einer Arbeitslosenversicherung und die Schaffung von Behaltungsklassen seien erforderlich.

Reichsarbeitsminister Brauns: Die Arbeitslosenunterstützung in ihrer gegenwärtigen Höhe hat im allgemeinen den Willen zur Arbeitsaufnahme nicht verringert. Anders würde es aber sein, wenn man den Kreis der Unterstügten erweitert und die Bezüge so erhöht, daß sie höher sind als der Normallohn des Unterstügten. Schon jetzt ist dieser Zustand bei vielen Arbeitslosen erreicht. Die

Wahrheit des Ausschusses ist bei den anstehenden Verhandlungen über die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung hinausgegangen und hat 13 v. H. beschlossen. Ich erkenne an, daß diese Gruppe der Erwerbslosen bisher besonders schlecht gestellt war. Die Zahl der Ausgesteuerten wird gewaltig überhöht. Am 15. September standen 5531, also 4,9 v. H. der Erwerbslosen in der 50. Unterstügungswoche, würden also am 15. Oktober ausgeteuert gewesen sein. Die Regierung hatte sich bereit erklärt, für die Ausgesteuerten eine besondere Fürsorge einzurichten, die ihnen dasselbe gibt wie die Erwerbslosenfürsorge. Es ist praktisch dasselbe wie eine Verlängerung der Bezugsdauer.

Abg. Thiel (D.) stellt fest, daß die Zahl der erwerbslosen Arbeiter sich zwar verringert habe, die der erwerbslosen Angestellten steige aber weiter. Besonders die älteren Angestellten hätten darunter zu leiden. Bedauerlich sei, daß noch immer 131 000 ausländische Wanderarbeiter beschäftigt würden. Der Redner richtet einen Appell an die Arbeitsnachweise, sofort die gesunden und kräftigen Erwerbslosen für die Landarbeit auszusuchen. Der Redner tritt für das Lohnklassensystem ein, das eine gerechte Verteilung der Unterstügung ermöglicht.

Anträge für Landwirtschaft und Gewerbe

Der Abgeordnete Thomason und andere Mitglieder der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei haben im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, der ungeheuer schwierigen Lage der Landwirtschaft, die sich aus der Notwendigkeit der Abdeckung eingegangener Wechselverbindlichkeiten in den Monaten November und Dezember dieses Jahres ergibt, durch umfangreiche zinslose Stundung der jetzt fällig werdenden Steuerbeträge Rechnung zu tragen, insbesondere schon jetzt im Verordnungsweg die Finanzämter anzuweisen, daß die am 15. November fälligen Vorauszahlungen zur Vermögenssteuer in der Landwirtschaft, auch ohne Anträge der Steuerpflichtigen, solange zinslos zu stunden sind, bis die Veranlagung auf Grund der neuen Bewertung der landwirtschaftlichen Grundstücke erfolgt ist.

Ferner liegt folgender Antrag der Deutschnationalen Volkspartei vor:

Die Reichsregierung zu ersuchen, 1. bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms Vorsehung zu treffen, daß auch das selbständige Handwerk und Gewerbe dabei mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Notlage anteilhaft berücksichtigt werden, 2. ungenügende Maßnahmen zu treffen, daß die unter Mitwirkung von Vertretern der Reichsregierung aufgestellte Reichsverdingungsordnung als Grundlage der Berechnung öffentlicher Arbeiten und Leistungen von allen Reichsbehörden, sowie der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eingeführt und benutzt wird, ferner auf die Landesregierungen einzuwirken, daß sie sich diesen Maßnahmen anschließen.

Württemberg

Stuttgart, 7. Nov. Kein Ausbau der Bahnstrecke Biberach-Uffenweiler. Auf die Kleine Anfrage des Abg. Ströbele (D.) betr. Ausbau der Bahnstrecke Biberach-Uffenweiler wurde regierungsfreudig geantwortet, daß die Mittel, die das Reich für die Vollendung begonnener Nebenbahnen bereitgestellt hat, nicht ausreichen, um auch die Strecke Biberach-Uffenweiler in Angriff zu nehmen.

Auf eine Kleine Zentrums-Anfrage betr. die Festlegung der Hektarwerkfläche durch die Grundbesitzer der geltend gemachten Ungleichheiten des Finanzministeriums sofort mit dem Präsidenten des Landesfinanzamts ins Benehmen getreten ist. Bei der weiteren Behandlung der Angelegenheit wird nachdrücklich auf mögliche Gleichmäßigkeit der Bewertung, insbesondere im Vergleich mit den benachbarten Ländern hingewirkt werden.

Die Landesausstellung von Lehrlingsarbeiten bleibt bis zum 14. November bei freiem Eintritt geöffnet. Die Besuchszeit ist jetzt am Sonntag statt bisher von 11—1 Uhr von 11—4 Uhr. Die Berufsberater und die ihrer Beratung anvertrauten jungen Leute kommen aus allen Teilen des Landes nach Stuttgart, um einen Einblick in das Arbeitsgebiet der verschiedenen Berufe zu gewinnen.

Die Kohlenverforgung der Stadt Stuttgart. Im Jahr 1913 betrug, wie die Stuttgarter Wirtschaftsberichte melden, die Kohlenanlieferung nach Stuttgart 450 091 Tonnen oder 29,5 Zentner auf den Kopf der Bevölkerung. Im Krieg trat naturgemäß ein starker Rückgang ein und zwar im Jahr 1917 bis auf 337 657 Tonnen, 1918 gab es wieder

eine Steigerung auf 416 502 und 1919 den größten Rückgang auf 216 061 Tonnen oder 14 Ztr. auf den Kopf der Bevölkerung. 1922 erhöhte sich die Anlieferung auf 381 906, 1925 betrug sie 364 506 oder 21,2 Ztr. auf den Kopf der Bevölkerung.

Vom Tage. In einem Hause der Reuchlinstraße stürzte ein 5 J. a. Knabe vom Treppenhausefenster des 2. Stockwerks in den Hof. Er trug einen Schädelbruch davon und wurde bewußtlos nach der Eigenheilstation verbracht.

Aus dem Lande

Feuerbach, 7. Nov. Eröffnung des Heimatmuseums. Das in der Bismarckstraße gelegene Heimatmuseum wurde am Donnerstag hier eingeweiht. Es enthält die von Stadtpfarrer a. D. Richard Kallee in unermüdblicher Arbeit zusammengetragenen Altertümer. Die Schlüsselübergabe durch Stadtbaumeister Hofstein an Oberbürgermeister Geiger fand in dem geschmückten Borraum mit entsprechenden Ansprachen statt. Oberbürgermeister Geiger würdigte dabei die Verdienste von Stadtpfarrer Kallee, der seinerseits allen Mitarbeitern dankte. Professor Göhler überbrachte namens des Landesamts für Denkmalpflege die herzlichsten Wünsche für das neue Museum, ferner sprach Glückwünsche aus Präsident Dr. v. Neuffer und der Direktor der Geologischen Abteilung der Stuttgarter Altertumsammlung, Dr. Berkheimer.

Weißmordorf, 7. Nov. Ehrevoller Ruf. Volksschullehrer Dr. Mack, der seit 1 1/2 Jahren als Schullehrer und Lehrer in Weißmordorf wirkt, hat einen Ruf an die Universität Hamburg erhalten und angenommen.

Vaihingen a. G., 7. Nov. Todesfall. Fabrikant Karl Heinrich Franck, der Leiter der Linzer Niederlassung der Ludwigsburger Firma Heinrich Franck Söhne, ist in Linz a. Donau im Alter von 78 Jahren gestorben. Der Verstorbene war Ehrenbürger der Stadt Vaihingen und der Stadt Linz. Seine Vaterstadt Vaihingen verdankt ihm hochherzige Stiftungen.

Ellwangen, 7. Nov. Die Mordfalle Lang. Vom Schwurgericht war der 31 Jahre alte Korbmacher Johann Laver Lang von Himmlingsweiler, Gemeinde Fachsenfeld, wegen Mords zum Tod verurteilt worden, weil er nach einem Wortwechsel in einer Wirtschaft seinen Schwager trotz Warnungen auf der Straße erschossen hat. Das erste Urteil wurde dem Reichsgericht wegen eines Formfehlers in der Befehlsung des Gerichts aufgehoben. Die Sache kam nun erneut zur Verhandlung. Das Schwurgericht verurteilte Lang wegen Totschlags zu der gefehlichen Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus, außerdem 10 Jahren Ehrverlust und Tragung der Kosten des Verfahrens.

Eisenbach, 7. Nov. Freudenstadt, 6. Juni. Im Feuerstakt. Der 70 J. a. Johannes Pfeiffe glaubte, im Feuer etwas verloren zu haben und wollte danach suchen. Nach längerer Zeit fand man nun den Mann in einer Ecke des Heubodens ersticht auf. Der gebrechliche Mann war in einem Loch zu Fall gekommen und hatte sich nicht mehr herausarbeiten können.

Schramberg, 6. Nov. Brand. Durch Explosion des Benzinmotors an der Dreschmaschine geriet das Anwesen des Landwirts Matthias Brülke, Herrenweger, in Brand. Es wurde vollständig eingeehert. Nur das Vieh konnte gerettet werden.

Saulgau, 7. Nov. Wieder aufgetaucht. Das vor 7 Wochen unter Juridikation von Frau und Kind von hier spurlos verschwundene kommunistische Gemeinderatsmitglied Haas ist am Donnerstag zurückgekehrt. Haas hatte sich angeblich wegen häuslicher Zwistigkeiten von zu Haus entfernt und selber in Weingarten aufgehalten.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 6. November.

An Stelle des nach Berlin verzogenen Abg. Elfas (Dem.) ist Frl. Eise Eberhardt in den Landtag eingetreten.

Die Anfrage des Abg. Dr. Ströbele (Bauernb.) betr. die Landankaufe der Stadt Stuttgart in Langenau wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die erste Lesung des Entwurfs betr. Änderung des Gewerbesteuergesetzes.

Finanzminister Dr. Dehlinger: Der Gesetzentwurf will bei der Gewerbesteuer wieder Ordnung schaffen für die Gewerbesteuerpflichtigen, sowie für den Staats- und Gemeindehaushalt. Die Steuer soll so gerecht und gleichmäßig als möglich auf die Steuerpflichtigen verteilt und eine festere Grundlage geschaffen werden, mit der die Steuerpflichtigen

Des Mitleids Liebe.

69 Roman von Robert Fuchs-Liska.

Und im Gedanken an die wenigen Sonnentage, die das trauliche Kind auch in sein arm gewordenes Leben getragen hatte, gelobte er alles zu erfüllen, was aus des Toten Hand nun in seine Hände gegeben worden war. Dann ging er in die Fabrik und besprach mit Theophil die Angelegenheit.

Theophil sah längst dem früheren Chef gegenüber in dem dunklen Privatbureau. Und seinen Platz hatte ein junger Mann eingenommen, den man noch vielem Bräuen und Erwägen eingestellt hatte. Der sollte ein zweiter Theophil werden. Ein Nachkomme derer von Abersberg, den Klementine als armen Verwandten empfohlen hatte.

Der offizielle Eintritt Theophils als Teilhaber der Firma sollte im Juni stattfinden — dem Monat, in dem sich die Gründung des alten Geschäftes zum fünfzigstenmal jährte und feierlich begangen werden sollte. Das hatte Just sich so gedacht und meinte dazu: Theophil verdiene, daß sein Eintritt bei dieser Gelegenheit so feierlich als möglich offenkundig würde. Theophil sträubte sich lange. Als aber Klementine sagte: „Tun Sie es mir zuliebe... ich möchte so recht vor aller Welt stolz auf Sie sein!“ gab er endlich nach.

Sein gutes Herz tat ihm weh, als er den Brief las, den Just ihm über den Schreibtisch hin wortlos reichte. Sein praktischer Sinn aber erkannte hier sofort einen Weg, der ihn dem Nützlich näher brachte, dessen Lösung er Just versprochen hatte. Und so übernahm er bereitwillig nicht nur aus Freundschaft für Just, sondern auch mit dem Gedanken an das, was er im Interesse des Freun-

des der Sache abgewinnen könnte, die notwendig gewordenen Unterhandlungen mit Euse. Schweigend sah er da.

Da sagte Just plötzlich: „Sie haben einmal gesagt, es müsse das Fenster hier breiter ausgebaut werden. Ich wollte es nicht tun, weil ich dies halbverfallene Licht gewohnt bin. Nun aber werde ich doch Ihrem Vorschlag nachgeben, Theophil. Damit ich Ihr Gesicht besser sehen kann! Weiß der Himmel — ich möchte mich nicht noch einmal irren. Aber eben war es mir, als hätten Sie über den Brief des Toten gelächelt.“

Theophil unterdrückte dies Lächeln nicht, das sein Gesicht zur Schau trug. Aber er antwortete Just: „Ich lugne nicht, daß ich gelächelt habe. Das galt aber nicht dem Leid eines Gestorbenen, das ich stillschweigend ehrte... dies Lächeln galt dem Glück eines Lebendigen, das mich in Anspruch nimmt!“

Und als Just ihn fragte, was er damit meine, erwiderte Theophil: „Geschäftsgeheimnisse dürfen nicht waten zwischen uns. Privatgeheimnisse aber sind mein Recht, wie sie in vornehmstem Sinne das Recht jedes anständigen Menschen sind. Und dieses Privatgeheimnis wird mir selbst Klementine nicht entreißen!“

Da geschah es, daß Just zum erstenmal seit langer Zeit wieder herzlich lachen konnte... weil er wußte, daß Theophil unter Klementines forschenden Augen und eindringlichen Fragen nichts mehr zu verschweigen wagte. Es sei denn ein Geheimnis gewesen, das mit den Interessen der Gießerei in Zusammenhang stand.

Eine volle Woche später fuhr Theophil in die Residenz. Er ließ sich in der Pension bei Euse melden, nachdem er den vergeblichen Versuch gemacht hatte, Klemen-

tine zu verhehlen, was ihn zu der jungen Frau führte. Armer Theophil! Und er war doch mit dem festen Vorsatz gekommen, diesmal dem Schmeicheln und Bitten, den süßen Blicken und der liebfolgenden Hand zu widerstehen, bis er Euse selbst gesprochen hätte.

Die tief schwarze Trauerkleidung machte das kummervolle Gesicht Euses noch durchsichtiger. Ein herber Zug lag in alles ergebender Mitleidigkeit und der verhärmte Blick der einst so schönen Augen hatte Euse das Mädchenhafte genommen. Keiser geworden und frauenhafter aussehend, sah sie Theophil gegenüber. Er hat sie im Empfangsalon, daß die Unterredung in Euses Zimmer stattfinden dürfte, da es sich um eine Angelegenheit des Kindes handle und um das Erbe, das Wappler dem Kinde hinterlassen hatte.

Als Euse diesen Namen hörte, wurde sie bleich bis in die Lippen und erhob sich... nur um kraftlos und haltlos auf den Stuhl zurückzusinken. Theophil wollte ihr beistehen. Allein sie hatte schon die Schwächeanwandlung wieder überwunden. Mit einem stummen Kopfreigen ihm vorausgehend, forderte sie ihn auf, ihr zu folgen.

Theophil sah sich in dem Pensionszimmer um. Es war düster und unfreundlich.

„Gnädige Frau, darf ich etwas über dieses Zimmer sagen?“ bat er. Sie antwortet nur durch ein Achselzucken. „Ich habe immer Sonne und Heiligkeit geliebt. Deshalb ist mein Sinn auch stets heiter geblieben. Auch Klementine sagt das. Nicht ist allem Lebenden zum Gedeihen nötig. Sie begehen eine Ungerechtheit gegen sich selbst, wenn Sie in diesem traurigen, ernüchternd wirkenden Raum haufen.“

(Fortsetzung folgt.)



Der Zeuge Windmann verhaftet. Bei der Verhandlung gegen die Leiferder Verbrecher in Hildesheim wurde der Zeuge Windmann aus Schölmars unauffällig aus dem Gerichtssaal heraus verhaftet, und zwar auf Veranlassung des Gerichtsvollziehers. Windmann, der bisher arbeitslos war, hatte aus einer Alimentenklage eine Forderung von 5500 Mark zu bezahlen, zu deren Erfüllung er nunmehr imstande sei, nachdem er im Leiferder Fall eine Belohnung von 13 000 Mark erhalten hatte. Windmann behauptete, er habe das Geld seinem Vater geschenkt, erklärte sich aber schließlich bereit, die geforderte Summe beizubringen.

Ueberrfahren. Bei Dergenthin (Wart) wurden bei dichtem Nebel sechs Streckenarbeiter von einem Güterzug überfahren und vier getötet, zwei schwer verletzt.

Die Eisenbahn Diebstähle in Schwellingen. Seit einiger Zeit schwebt in Schwellingen (Baden) eine Untersuchung gegen Eisenbahnangestellte usw. wegen umfangreicher Beraubung von Bahnsendungen. In der Wohnung eines der Verhafteten in Beulshausen fand man für 30 000 Mark Steuerbanderolen. In Hockenheim wurde ein Zigarrenhersteller, in dessen Besitz man ebenfalls für 30 000 Mark Steuerbanderolen vorfand, verhaftet. Diese Steuerwertzeichen stammen aus einem Diebstahl, der vor längerer Zeit in einem Güterzug Berlin-Basel verübt worden war. Unter den übrigen beschlagnahmten Waren befinden sich zwei Ballen Stoff und anderes mehr.

Großfeuer in Siebenbürgen. Bei der Kreisstadt Mjud in Siebenbürgen sind zehn zusammenhängende Ortschaften durch eine Feuersbrunst verwickelt worden. Nach einer Meldung der Dimineaza sind 28 Menschen und viele tausend Stück Vieh in den Flammen umgekommen. Der Sachschaden wird auf über hundert Millionen Lei geschätzt.

Die geplanten Autostraßen durch Deutschland. Die Ausführungspläne für die neuen Autostraßen umfassen insgesamt 15 000 Kilometer; der Bau dieser Straßen ist in zwei Abschnitten von 5-6 Jahren geplant, wobei vorhandene Wege verbreitert und mit neuer Decke versehen werden sollen. Vorgesehen sind folgende Strecken: 1. Weim-Weidenhof-Röhl-Frankfurt a. M.-Bielefeld; 2. Frankfurt-Nürnberg-Bayreuth-Wien; 3. Wachen-Röhl-Wageningen-Berlin-Danzig-Königsberg; 4. Regensburg-Koblenz-Köln-Streien; 5. Saarbrücken-Münch.-Frankfurt-Leipzig-Dresden-Breslau-Oppeln; 6. Hamburg-Hannover-Erfurt-Nürnberg-München-Brenner; 7. Steinhilber-Berlin-Leipzig-Nürnberg.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 6. Nov. 4.2035 G., 4.2135 B. Kleinsanleihe 0,795. Franz. Franken 146,50 zu 1 Pfd. St., 30,13 zu 1 Dollar. Berliner Geldmarkt, 6. Nov. Tägl. Geld 45-6, Monatsgeld 6-7, Warenwechsel 5,25, Privatdiskont 4,62 v. H. Uebersetzungsergebnisse für die deutsch-französische Ausfuhr. Die von den Zollbehörden der beiden Länder auszustellenden Ursprungszeugnisse sind nach einer neueren Vereinbarung von der Bifferung durch die Konsularbehörden befreit. Die von den staatlich anerkannten Handelskammern ausgestellten Zeugnisse und die Konsularattestate sind von den französischen Konsularbehörden unter Erhebung einer Gebühr von 5 Goldfranken zu visieren. Für Zeugnisse und Konsularattestate, welche deutsche Waren mit einem hundertgoldfranken nicht übersteigenden Wert begleiten, tritt Gebührenfreiheit ein. Die deutsche Regierung gewährt ihrerseits die Gebührenfreiheit unter den gleichen Bedingungen und wird nicht höhere Abgaben als 5 Goldfranken für die Zeugnisse und Konsularattestate für französische Waren erheben, deren Wert hundert Goldfranken nicht übersteigt. Die Vereinbarung tritt mit dem 15. November 1926 in Kraft.

Die Wasserkraftsausnutzung in Bayern. Nach einer amtlichen Mitteilung hat Bayern einschließlich der noch in Bau begriffenen Werke rund 11 600 Wasserkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 934 000 Pferdekraften aufzuweisen. Die Gesamtleistung der größeren Anlagen beträgt 745 000 P.S., wovon 375 000 P.S. für die allgemeine Elektrizitätsversorgung, 128 000 P.S. für den elektrischen Bahnbetrieb, 185 000 P.S. für die elektrochemische und elektrometallurgische Großindustrie, 25 000 P.S. für die Papier- und Holzstoffindustrie, 28 000 P.S. für die Textilindustrie und 4000 P.S. für sonstige Zwecke dienen. Die ausgenutzten und nach den bisherigen Untersuchungen noch erschließbaren Wasserkraftwerke mit über 1000 Kilowatt Ausbauleistung (rund 210 Anlagen) ergeben eine mittlere Gesamtleistung von 1,1 Millionen Kilowatt (1,65 Millionen P.S.). Hier von sind Anlagen mit 770 000 Kilowatt für die allgemeine Elektrizitätsversorgung und der Bahnbetrieb bereits ausgebaut und nach vorbehalten, 340 000 Pferdekraften kommen für die Großindustrie in Betracht. Einschließlich der kleinen Anlagen beträgt die Gesamtleistung der bayerischen Wasserkraftwerke bei Ausbau auf Jahresmittelwasser 3,7 Millionen P.S., die mittlere Jahresleistung 2,1 Millionen P.S. Mit dem vollständigen Ausbau der bayerischen Wasserkraftwerke wäre somit eine Jahresleistung von etwa 12 Milliarden Kilowattstunden erzielbar. Die ausgebaute Leistung von 934 000 P.S. umfaßt ein Viertel der Gesamtleistung der bayerischen Wasserkraftwerke.

Stuttgart, 6. Nov. Während man bei Beginn auf Grund der gestrigen schwächeren Kurse der Nach- und Abendbörsen niedrig einsetzte, trat gegen Schluss und nachbörslich ein Umschwung zum Besten ein in Sympathie mit den großen Steigerungen, die einzelne Bankaktien aufweisen konnten. Commerzbank erzielte einen weiteren Gewinn von 7 1/2%. Auch Diskont und Deutsche Bank konnten je um 1/2% anziehen. Darmstädter und Dresdner sowie Hypothekendarlehen wurden etwas unter gestern gesucht.

Berliner Getreidepreise, 6. Nov. Weizen märk. 27,60-27,90, Roggen 22,50-23, Wintergerste 29,50-30,50, Sommergerste 22 bis 26, Hafer 18,10-19,60, Weizenmehl 36,25-39,25, Roggenmehl 32,50-34,25, Weizenkleie 12, Roggenkleie 11,75.

Märkte

Viehpreise. Altshausen: Färren 300-500, Ochsen 400 bis 700, Kühe 240-510, Kalbeln 350-660, Rinder 120-300. — Ehingen: Färren 900-1100, Kühe 260-300, Kalbeln 550 bis 650, Jungvieh 230-300. — Rosenfeld: Kühe 320-640, Kalbinnen 480-660, Jungvieh 120-380, Pferde 350. — Würzburg: Ochsen 500-600, Arbeitstiere 300-450, Kühe 400-500, Kalbeln 400-555, Färren 250-500, Jungvieh 170-300 A. d. St.

Schweinepreise. Altshausen: Ferkel 20-25. — Bönningheim: Milchschweine 13-18, Säuger 28-78. — Ehingen: Ferkel 15-22, Säuger 35-50, Mutterchweine 160-200. — Gaildorf: Milchschweine 17-24. — Gerabronn: Milchschweine 15-27. — Gilsfeld: Milchschweine 17-27. — Röttingen: Säuger 56-92, Milchschweine 18-32. — Rosenfeld: Milchschweine 13-28 A. — Spaichingen: Milchschweine 10-20. — Winnenden: Milchschweine 20-28, Säuger 40-60. — Würzburg: Milchschweine 20-30 A. d. St.

Fruchtpreise. Sibera: Weizen 13,70-13,80, Gerste 12,50 bis 13,30, Hafer 8,50-9,50, Futtergerste 11,50-12,20, Weizen 10, Roggen 12. — Ebingen: Weizen 13-14, Roggen 10, Gerste 13, Hafer 8,50-10,50. — Wangan i. A.: Gerste 12 bis 13, Hafer 10-11. — Winnenden: Weizen 15, Hafer 8,60-8,80, Dinkel 12 A. d. Str.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 6. Nov. Edeläpfel 18-25; Tafelbirnen 12-18; Schüttel, Auschuß, Fall, und Rosäpfel 6-7; Spalterbirnen 18-25; Tafelbirnen 10-18; Dauten 20-30; Bonnisse 50-60; Kartoffeln 6-7; Kopfsalat 5 bis 15; Endivienalat 3-10; Wirsing 5-6; Filderkraut 3-4; Weißkraut rund 5-6; Filderkraut 3-4; Weißkraut 3-4; Rotkraut 5-6; Runkelrüben 10-14; Rosenkohl 1 Stück 15-20; dto. 1 Bund 5-45; rote Rüben 6-8; gelbe Rüben 6-7; runde Karotten 1 Bund 5-12; Zwiebel 5-7; Rettiche 3-8; Spinat 15 bis 20; Mangold 8-10; Kopfkohltraben 3-6.

Stuttgarter Kartoffelmarkt (Leonhardsplatz). Zufuhr: 500 Ztr. Preis 6,50-6,70 A für 1 Ztr.

Stuttgarter Filderkrautmarkt (Leonhardsplatz). Zufuhr: 200 Zentner. Preis 3,50-4 A für 1 Ztr.

Stuttgarter Mostobstmarkt (Wilhelmsplatz). Zufuhr: 1000 Zentner. Preis 6,20-7 A für 1 Ztr.

Stuttgarter Hopfenmarkt. 480 A d. Ztr.

Hopfen. In Darmshelm wurde für Späthopfen 480 bis 535 A, in Mönchberg für Rottenberger Hopfen 500 A nebst Trinkgeld, in Kellingsheim 530 A nebst 100 A Trinkgeld erlöst.

Nürnberg Hopfenmarkt. Markt- und Gebirgshopfen prima 500-525, mittel 390-490, gering 320-380, Hallertauer 510 bis 530, 420-500, 350-410, Württemberger 510-530, rote 250 bis 280.

Ludwigsburger Holzmarkt. Zufuhr schwach, Verkauf langsam. Preise: 1 Quadratmeter 1,10-1,20, Satteltreter 2,10 bis 2,30, Bäldeiten 2,40-2,60, 1 Bauftange 3-4,50, 1 Nagftange 1,20-2, 1 Hopfenftange 0,70-1, 1 Rd. Meier Latten 4-6 A, 1 Km. kann, Brennholz 10-16, Hartholz 15-20, 100 Pfähle 3 bis 3,20 A.

Die Weinlese. In Großbottwar ist alles verkauft zu 400 bis 420 A. — Bei der Weinernteigerung des Gräfl. v. Reipergischen Rentamts wurden erzielt für Remberger und Trolinger mit Sälwanger 170-173, Trolinger 170-180, Weisriesling 184 bis 201, Weisriesling-Auslese 220 und Nachlese 111 A pro Hl.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Einwendungen übernimmt die Redaktion nur die verantwortliche Verantwortung.

Krankenhaus betreffend. Seit langer Zeit bemüht sich die Stadtverwaltung in anerkannter Weise um die Herstellung eines Krankenhauses. Es soll dahingestellt bleiben, welche Chancen bereits im Verlauf der vergangenen Jahre verkannt wurden, um den Wunsch Aller zu erfüllen. In der Hauptfrage hat ja wohl der damals herrschende Wohnungsmangel eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Letzterer dürfte nun durch den Aufbau und Einbau des „Schwarzwalddotel“ behoben sein. Da weist sich nun wiederum die Frage auf: Ist die Möglichkeit vorhanden, jetzt ein Krankenhaus zu beschaffen? Diese Frage muß unbedingt mit „Ja“ beantwortet werden. Bekanntlich hat die Reformschule sich aufgelöst oder ihren Sitz verlegt. Man hört nun, daß auch das sogenannte Uhlendhaus (frühere Zigarrenfabrik) zum Verkauf stehe. Bekanntlich ist das Haus mit Zentralheizung versehen und hat Douche- und Brause-, sowie Wannenbäder; Toilette- und Wascheinrichtungen sind vorhanden, Schränke sind in jedem Zimmer eingebaut. Die Lage ist für ein Krankenhaus wie geschaffen. Man werfe ja nicht ein, daß die entfernt davon liegende Papierfabrik eine Störung bedeute. Kein Geräusch oder eine sonstige Belästigung ist vorhanden. Leicht könnten die 3 Familien, die darin wohnen, im „Schwarzwalddotel“ untergebracht werden. Große Kosten würden durch Einbau von Räder usw. nicht entstehen, außer natürlich den Ordinations-, Operations- und Wägenzimmern. Diese letzteren Ausgaben sind aber bei einem eventuellen Neubau ebenfalls vorhanden. Und was kostet so ein Neubau? Heute sicher ohne jede Einrichtung 150-200 000 Goldmark! Wäre es nicht angebracht, wenn die Stadt auch dieses Gebäude erwerben und zum Zwecke eines Krankenhauses ausbauen würde? Sider wäre die Stadtverwaltung würde durch einen solchen Schritt sich den Dank aller dieser erwerben, die eine Krankenhausbehandlung notwendig haben. Nur derjenige, der sich sicher ist, wie oft das Leben eines Menschen von der Minute abhängt, und der genau weiß, welche Gefahren ein Transport nach auswärts bedeutet, kann ersehen, daß Wildbad unter allen Umständen ein Krankenhaus haben muß. Und der Fremde? Doch erstaunt muß er bei seinem hiesigen Aufenthalt erfahren, daß das Wildbad Wildbad wohl Hilfe bietet für Sieche und Kranke, aber nicht einmal ein Krankenhaus für dringende ärztliche Eingriffe und Behandlungen hat. — Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, den Gemeinderat auf eine sehr günstige Gelegenheit hinzuweisen. A. B.

Im Vereinszimmer der Turnhalle beginnt am Dienstag, den 9. November 1926

der **Lesenachmittag** gehalten von den Frauen der Ortsgruppe des **Ev. Volksbundes**.

Es werden alleinstehende Frauen und Mädchen herzlich dazu eingeladen.

12 Stück eichene Gastzimmer

komplett, in tadelloser Ausführung, mitteleiche gebeizt, mit 120 cm breiten Schränken, hat besonderer Umstände halber **in Wildbad** zu günstigen Preisen abzugeben

Martin Koch, Möbelfabrik, Nagold.

Offene Stellen

Stellenwechsel

Stellenvermittlung

für alle besseren weiblichen Berufsarten in Haus, Familie und Schule (auch für männliche Berufe).

Die Anzeigen-Annahme für das bekannte Familienblatt

Daheim

das über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete stark verbreitet ist und Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammenführt, befindet sich

in der Geschäftsstelle des Wildbader Tagblatts.

Das Publikum hat nur nötig, die Stellen-Anzeigen (Angebote oder Gesuche), Pensions-Anerbieten und Gesuche usw. bei uns abzugeben und die Gebühren (kein Aufschlag) zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt und vertraulich, ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mühewaltung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig für die einspaltige Druckzeile (7 Silben) für Stellen-Angebote 80 Pfg., Stellen-Gesuche 60 Pfennig, übrige kleine Anzeigen 1 Reichsmark. Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig aufzugeben. Die Geschäftsstelle des Wildbader Tagblatts.

Die Zeitungsanzeige ist die beste und billigste Reklame; sie ist als Werbemittel unübertreffbar.

Danksagung.

Für die vielen, liebevollen Beweise wohlthuerender Teilnahme während der Krankheit und bei dem Hinscheiden unseres lieben, unvergeßlichen Gatten, Vaters und Großvaters

Hermann Finckh

Forstmeister a. D.

sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wildbad Schorndorf, 5. November 1926.

NEUHEIT!

Praktische

Mietverträge

zugleich Hausordnung und Quittungsbuch

Den heutigen gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, für Hausbesitzer wie Mieter gleich zweckmäßig u. bestens bewährt sind zum Preise von 50 Pfennig für 2 Stück stets vorrätig in der Geschäftsstelle des

Wildbader Tagblatt

Damen- u. Kinderstrümpfe

Reine Wolle

in schwarz und braun sowie allen Modifarben.

Herm. Aberle, König Karlstr. 96.

Pfaff-Nähmaschinen

die vollendete deutsche Qualitäts-Maschine

empfiehlt bei bequemer Ratenzahlung

Karl Tubach jr., Enzfallstr.

